



Nr. 21. Abend-Ausgabe.

Nennt und sechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Montag, den 9. Januar 1888.

## Die Verlängerung des Socialistengesetzes.

# Berlin, 7. Januar.

Das Socialistengesetz konnte im Jahre 1878 nur unter der Voraussetzung zu Stande gebracht werden, daß die Dauer desselben auf einen kurzen Zeitraum beschränkt bliebe. Es läßt sich keine verkehrte Schlussfolgerung erinnern, als die, daß Alle, welche für die Einführung des Socialistengesetzes gestimmt haben, eine moralische Verpflichtung haben, auch für die Verlängerung zu stimmen. Ganz im Gegenthil ließe sich weit eher behaupten, daß Diejenigen eine Inconsequenz begehen, welche sich anschicken, das Socialistengesetz zu einer dauernden Einrichtung zu machen, nachdem sie selbst bei früheren Abstimmungen der Überzeugung Ausdruck gegeben haben, daß dasselbe nur für kurze Zeit zu ertragen sei.

Der eigentliche Grund, aus welchem man dem Socialistengesetze die Klausel der zeitlichen Beschränkung beifügte, war doch wohl der, daß die Majorität, welche damals das Gesetz beschloß, an dem Nutzen desselben Zweifel hegte. Sie hat ein gefährliches Experiment gemacht, sie wollte ein solches Experiment nicht ablehnen, weil es ihr in der erregten Stimmung jener Tage besser erschien, einen Versuch zu wagen, der möglicherweise fehlgeschlagen könnte, als in einer so fürchterlichen Zeit nichts thun. Man wollte die Probe machen, ob das Gesetz den Nutzen haben würde, den die Regierung davon erwartete. Ich glaube, daß Niemand, der vor zehn Jahren für das Gesetz gestimmt hat, erwartet hat, daß dasselbe eine viermalige Prolongation erleben werde.

Die Probe ist zu Gunsten derjenigen ausgeschlagen, die von dem Gesetz keinen Nutzen erwarteten. Die socialdemokratische Anschauung hat fortlaufend an Stimmenzahl gewonnen. An die Stelle der offenen Agitation ist eine geheime Organisation getreten, welche trotz aller Anstrengungen Fortschritte macht. Gerade gegenwärtig vollzieht sich unverkennbar ein Umstieg, welcher innerhalb der socialdemokratischen Partei eine radikalere Richtung an das Radier bringt. Es gibt Leute genug, die sich aus keinem anderen Grunde zur socialdemokratischen Partei rechnen, als darum, weil das Socialistengesetz besteht, das ihnen als eine Ungerechtigkeit erscheint. Staatskluge Politik wäre es gewesen, alsbald nach dem Erlass des Gesetzes an eine allmähliche Milderung desselben zu denken, welche die Aufhebung vorbereitet haben würde. Nachdem man dies verabsäumt hat, ist es erklärlich, daß die Polizei an Verschärfungen denkt, die natürlich eben so schnell ihre Wirkungen verlieren würden, wie das ganze Gesetz die seinigen verloren hat.

Ein zweiter Grund, aus welchem man dem Gesetz die Klausel der zeitlichen Beschränkung beigesetzt hat, war der, daß der Reichstag kontrolliren wollte, ob die Regierung von so ausgedehnten und unbestimmtten Vollmachten, wie sie ihr gegeben worden sind, einen weisen und maßvollen Gebrauch macht. Diese Controle ist eigentlich verabsäumt worden. Der Reichstag hat niemals eine spezielle Einsicht in die einzelnen Fälle von Verböten und von Ausweisungen verlangt. Er würde sonst wohl die Überzeugung gewonnen haben, daß von dem Gesetze ein Gebrauch gemacht wird, der bei Erlass desselben nicht vorhergesesehen wurde. Bei den Wahlprüfungen hat sich herausgestellt, daß die Verbote von Versammlungen einen Umfang erreicht haben, der mit einer geordneten Wahlfreiheit unverträglich ist. Das Verbot einer fortschrittlichen Zeitung war ein offensichtlicher Missbrauch und wenn auch dieses Verbot wieder aufgehoben wurde, so ist damit die Thatsache der Unterdrückung nicht aus der Welt geschafft und nicht einmal die Folgen desselben sind nothdürftig vergütet worden. Die Ausweisungen, welche unendlich tief in das menschliche Schicksal eingreifen, haben einen unerwarteten Umfang angenommen, und sind wenigstens in einem Falle,

dem des Baumeister Kessler, dazu benutzt worden, den Betroffenen umstät von Ort zu Ort zu jagen. Wenn man sich in den Gedankenkreis, der bei Erlass des Gesetzes herrschte, zurückversetzt, so muß man sagen, daß hinreichende Veranlassung vorliegt, jetzt die Prolongation zu verweigern.

## Politische Übersicht.

Breslau, 9. Januar.

Für die Wiedereinführung der Berufung hat sich im Finanz-Ausschuß der bayerischen Kammer bei der Etatsberatung der freisinnige Abg. Frankenburger ausgesprochen. Er wisse sich in seiner Meinung einig mit einer großen Anzahl von Richtern und Staatsanwälten. Rotorisch sei, daß vielfach Urtheile gefällt wurden, welche einer Remedy bedurften, ohne derselben nach den heutigen Verhältnissen theilhaftig werden zu können. Möge auch manchmal die durch das heutige Verfahren bedingte mangelhafte Vorbereitung die Schuld tragen, so sei doch eines sicher, daß derartige Zustände auf die Dauer unhaltbar seien. Im Anschluß an diese Debatte erklärte der bayerische Ministerialrat von Kastner, daß es ein Irrthum sei, wenn angenommen werde, daß Preußen der Wiedereinführung Widerstand leiste. Die Differenz lag bisher immer nur in der Form der Berufung; er glaube aber kaum zu irren, wenn er constatire, daß in letzter Zeit auch in dieser Richtung in Preußen ein Umschwung eingetreten sei. Die Frage stehe wieder auf der Tagesordnung und an maßgebender Stelle liege augenscheinlich ein Antrag Reichensperger zur Berathung vor. Es stehe zu hoffen, daß in absehbarer Zeit eine erwünschte Erledigung stattfinde.

Dem Reichstage soll bei seinem Wiederzusammentritt angeblich der Antrag Graf Udo Stolberg, betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide wieder zugehen. Der Antrag lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstagsräten um die Verlegung eines Gesetzes zu ersuchen, nach welchem 1) bei Ausfuhr von Getreide, sowie von Wehl und Weihenabfertigkeiten (nach dem geistlich bestinnten Ausbeuteverhältniß berechnet) der Zoll vergütet wird, welcher bei der Einfuhr der betreffenden Getreideart zu zahlen sein würde, 2) die zollfreien Transfälter auf die Seaplätze befrankt werden.“ Die Bemerkung, die Antragsteller seien bereit, den Nachweis zu führen, daß die u. A. in der Getreidezollcommission des Reichstags geltend gemachten Bedenken gegen den Antrag leicht zu beseitigen seien, beweist nach der „Bib. Corr.“ nur, daß der Urheber dieser Nachricht nicht weiß, daß der Antrag Stolberg der Getreidezollcommission überhaupt nicht vorgelegen hat. Der Antrag Hammacher, mit dem die Commission sich beschäftigt hat, verlangte nicht die Vergütung des Eingangszolls, sondern die Ertheilung von Anerkennungen, gegen welche binnen 6 Monaten eine entsprechende Quantität Getreide eingeführt werden kann. Der Antrag Stolberg, welcher am 16. Juni vorigen Jahres im Reichstage eingebracht wurde, trug nur die Unterschriften von 37 Mitgliedern der Deutschconservativen und der Reichspartei.

Die preußische Landtagssession hoffen die Nationalliberalen, wie aus der „Nationalbib. Correp.“ hervorgeht, bereits vor Ostern schließen zu können, da voraussichtlich gesetzgeberische Arbeiten ersten Ranges auf einem Gebiete zu erwarten sind. Ein hochpolitisches Anliegen wird nur die Verlängerung der Legislaturperioden sein, welche aus der Mitte des Hauses beantragt werden wird.

Die bereits telegraphisch gemeldete Ankündigung der „Köln. Btg.“ von einer Forderung der Militärverwaltung für die aus der Wehrvorlage erwachsenden Kosten hat folgenden Wortlaut:

„In unsern politischen Kreisen erwartet man, daß dem Reichstag schon bald nach seinem Zusammentritt am 17. Januar ein Nachtragsetat zugehen wird, der die Forderungen der Militärverwaltung für die aus der neuen Wehrvorlage hervorgehende Heeresverstärkung enthalte. Die Höhe dieser Forderung ist noch nicht genau bekannt. In sonst unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß sie sich auf nahezu Hundert

Millionen Mark belaufen wird. In anderen Kreisen wird freilich diese Höhe bestritten. Jedenfalls hat bereits der Kriegsminister in der Reichstagsitzung vom 16. December ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der für den Kriegsfall in Aussicht genommenen Gesamtverstärkung des Heeres nicht unerhebliche einmalige Kosten entstehen werden.

Die heute über die politische Lage vorliegenden Nachrichten lauten im Allgemeinen günstig. Laut einer Meldung des „R. W. Tgl.“ beeindruckte der Kaiser von Österreich nach aufgehobener Hofstafel am Donnerstag den russischen Botschafter Fürsten Lobanow in besonders auszeichnender Weise mit einer längeren Unterhaltung. Im Laufe des Gesprächs erklärte Lobanow, Russland sei durchaus friedlich gesinnt und der Zar lege auf die Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen mit Österreich den größten Wert. Lobanow soll schließlich geäußert haben, Kaiser Franz Josef werde die Überzeugung erlangen, daß die russischen Versicherungen durchaus loyal und begründet seien.

Der „Post“ gehen aus Wien folgende Mitteilungen zu:

Der russische Militär-Attache Jujeff hat bei Gelegenheit der Antrittsvisite, die er dem Kriegsminister Blyant machte, versichert, er sei vom Zaren zu der amtlichen Erklärung ermächtigt, daß derselbe von friedlichen Absichten erfüllt und daß die militärischen Dislocationen an der Grenze keinerlei aggressive Tendenzen haben. Ähnliche Erklärungen hat Jujeff auch an mehreren anderen Orten abgegeben. Bezuglich der Stellung des Fürsten Ferdinand in Bulgarien wird hier versichert, daß man ohne besondere Überwindung den Fürsten, der von hier aus niemals ermächtigt oder unterstützt worden, fallen lassen würde, wenn seine Besetzung einer Vereinigung der Mächte in der bulgarischen Frage dienlich wäre. — Wie gemeldet wird, haben die russischen Militär-Attache bei den verschiedenen Regierungen zugleich mit friedlichen Erklärungen über Intentionen des Zars angeläufigt, daß in nächster Zeit noch zwei bis drei Infanterie-Divisionen aus dem Innern Russlands an die Westgrenze dislocirt werden.

Der „Post. Btg.“ wird aus Wien über die Lage geschrieben:

Rußland beharrt auf dem alten Standpunkte, daß der verlebte Berliner Vertrag durch eine wieder geheilte werden müsse, welche nach russischer Auffassung zu dieser Vertragserledigung beigetragen haben. Anderseits kann auf das Nachdrücklichkeit verfestigt werden, daß eine Initiative von Seite Österreich-Ungarns nicht zu gewärtigen ist. Man müßte die gesamme diplomatische Geschichte der letzten drei Jahre schreiben, um diese Haltung des Wiener Cabinets zu begründen; für den unbefangenen Beurtheiler bedarf es übrigens einer solchen nicht. Wir haben keine Ursache, mit unserer Lage im Orient unzufrieden zu sein, und wenn wir auch bereit sind, auf Vorschläge einzugehen, so fehlt uns jeder Anlaß, mit solchen hervorzutreten. Alle Meldungen und Gerüchte über im Zuge befindliche Unterhandlungen zur bulgarischen Frage sind daher grundlos. Die rasch wandelbare Stimmung der Masse ist augenblicklich zwar ruhig gefaßt, aber wenn die politischen Kreise diesem Optimismus Berechtigung zuweisen, so ist es nur darum, weil man in diesen Kreisen annimmt, daß die deutsche Politik zur Stunde einen letzten und äußersten Verlust unternimmt, den Zaren von der Aussichtslosigkeit seiner bisherigen Haltung zu überzeugen. Wenn die bulgarische Frage augenblicklich behandelt wird, so kann es nur zwischen Berlin und St. Petersburg sein; daß aber zwischen der deutschen und der russischen Reichskanzlei ein Gedankenauftaustausch stattfindet, oder richtig geagt, daß von Berlin aus ein solcher angeregt wird, gilt hier als zweifellos. Von dem Erfolge dieser Bemühungen hängt die Friedenserhaltung ab. Die jetzige Phase ist daher keine positive Errungenschaft, sie kann ebenfalls zu einer dauernden Verhügung führen, als in das Gegenthil umschlagen.“

## Deutschland.

Berlin, 8. Januar. [Der Kaiser] hat an die Freimaurer-Loge „Lucens“ in Rostock aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens ein Glückwunschkreis gerichtet, in welchem er zunächst seiner Hoffnung für das weitere Gedeihen der Loge Ausdruck giebt. Mit Beziehung auf die letztere führt der hohe Protector der deutschen Freimaurer

## Noblesse oblige.\*

[85]

Roman in drei Büchern. Von Friedrich Spielhagen.

Minna hat noch ein paar verlorene Schritte: dann ging sie entflohen nach dem Tisch, auf welchen Neddermeyer inzwischen die beiden Lichte gestellt hatte, erbrach mit fester Hand das Siegel und las:

„Liebe Frau! Bei Deinerseitigem Empfang dieses bin ich bereits in Kopenhagen auf einem unserer Schiffe (Schooner „Mermaid“, Capitain Ch. Lassen), der mit Newcastle-Kohlen nach Lübeck gechartert ist. Ich habe nur ca. drei Tage in Kopenhagen zu thun und segle dann mit demselben Schiffe weiter, aber nicht bis Lübeck, sondern nur bis Neustadt, wo die „Mermaid“ so lange vor Anker geht, bis ich mich habe an's Land setzen lassen können. Das wird nach ziemlich sicherer Rechnung am 5. Juni sein. Da Neustadt nur eine Meile von Warnesoe ist, hoffe und wünsche ich, daß Du mir bis dahin entgegenkommen, worauf wir dann gemeinschaftlich nach dem Gute fahren, damit ich das Kind sehen und mit Neddermeyer einige Verabredungen treffen kann, weil ich die ganze Bescheirung vortheilhaft zu verkaufen hoffe (nota bene an die dänische Regierung, weshalb auch über Kopenhagen muß). Bitte aber um das tiefste Stillschweigen!. Werde dann nur 24 Stunden in Warnesoe bleiben können, da, wie Du Dir denken magst, meine Gegenwart in Hamburg nöthig ist, wo sie schon angefangen haben, mir die Butter vom Brote zu nehmen. Aber wer kann überall zugleich sein!“

Nach Deinem letzten, übrigens recht verständigen Briefe bin ich überzeugt, daß Du Dich freust, mich wieder zu haben. Ich erneure auf Deine Bitten mein Versprechen, das Geschehene geschehen sein zu lassen, und zeichne in obigem festen Vertrauen und dito Zusage Dein Theodor.

Halte mir nur das Kind gut, ich meine: gesund! Ich träumte neulich, es sei ihm etwas passirt, was mir nach dem Aufwachen merkwürdig erschien, was mir noch eine halbe Stunde im Kopf herumgegangen ist. — Ich habe noch vergessen, Dir zu sagen, daß Du in Neustadt in der „Schönen Aussicht“ einkehren sollst. In dem Gasthof am Markt verkehren mir zu viel Leute. Es braucht nicht gleich die Welt zu wissen, daß der Theodor Billow wieder da ist. D. O.“

Minna saß, die Stirn in die Hände gepreßt, sich fragend, ob was da in ihrem Gehirn wühlte, Wahnsinn war, der nach dem Abgrund giert, von dem doch jede Faser im Vorshauer der gewissen

Vernichtung zurückzuckt; oder höchste Vernunft, die den Wanderer einen tödlich gefährlichen Weg kaltblütig wählen läßt, weil es der einzige ist, der die Möglichkeit der Rettung bietet. Aber hier galt kein Erwählen, Zaudern und Schwanken; ein Entschluß mußte gefaßt werden, und mit der Einsicht in diese Nothwendigkeit fühlte sie die alte Kraft zurückkommen, die sie in den entscheidenden Momenten ihres Lebens noch immer gehabt hatte.

Papier und Feder lagen auf dem Tische. Sie nahm zwei Bogen und schrieb, zuerst an Hypolit:

„Di Tochter aus dem Volke der Barbaren sagt dem Marquis d'Héricourt Lebewohl. Sie begreift und ehrt die rauhe Tugend des Bruders, der in der Geflebten des Landesfeindes nicht mehr seine Schwester sieht. Empfindet doch sie selbst diese Liebe darum nicht weniger als etwas, das nicht sein sollte, weil sie weiß, daß sie niemals die Kraft haben wird, sich von derselben zu befreien. Das aber hat sie mit ihrem Gewissen auszumachen und mit ihrem Gatten, zu dem sie im Begriff ist zurückzukehren. Sie hält sich versichert, daß der Marquis d'Héricourt um einer Frau will, die für ihn tot ist, weder sein Leben, welches er seinem Lande schuldet, noch das eines jungen Mannes aufs Spiel setzen kann, dem auf dem Felde der Ehre zu begegnen, dem Stolzesten zur Ehre gereichen würde; — zur Schande in einem Streite, der gegenstandslos geworden ist, und, weil er es ist, die Gegner entwaffnet oder zu Mörfern macht.“

Sie, Herr Marquis, würden, wenn Sie sich gegen die Stimme der Vernunft vertheidigen, an das fläßliche Würfelspiel des Duells noch ein drittes Leben wagen — ein Umstand, der freilich nicht schwer in Rechnung fällt, wenn die Unglücksliste, die das Leben weiterführen soll, nachdem sie alles verloren hat, gesteht, wie so gar nichts ihr an demselben gelegen ist.“

Sie nahm das zweite Blatt und schrieb:

„Du warst eins stolz darauf, die Schwester zu lieben, und hast immer nur Deinen Stolz geliebt. Fühltest Du Liebe zu Deiner Schwester, ja nur einen funken Mitleid mit ihr, Du würdest ihr nicht das Glück missgönnen, das einzige, welches ihr auf Erden werden kann, und von dem Du recht wohl weißt, daß es für sie im besten Falle doch nur ein halbes sein würde. Von der Seite des Mannes, an dem Du, und sannest Du vom Morgen bis zum Abend, keinen Mafel finden magst, als daß er der loyale Feind Deines Volkes ist, reißt Du sie, um sie wieder in die Arme des Anderen zu treiben, den Niemand tiefer verachtet als Du selbst. Nun vollende Dein Werk, töde den Liebhaber der Schwester, damit Du sicher bist, daß sie fortan Deine strenge Tugend nicht beleidigt und die schimpflichste der Ehren heilig hält!“

Sie las diese Zeilen noch einmal; die an Hypolit wieder anzusehen, hatte sie nicht den Mut.

Dann nahm sie Billow's Brief, die Daten zu vergleichen. Er wolle am fünften in Neustadt landen; heute war der vierte. Wenn sie die Nacht durchfuhr, konnte sie morgen bei guter Zeit dort sein. Auf jeden Fall war sie aus Hamburg, und der zwischen Hypolit und Georg entbrannte Streit wurde wenigstens durch ihre Gegenwart nicht weiter angespürt. Mußte sie doch sogar fürchten, durch jede Stunde, die sie länger blieb, den Verdacht zu erwecken, daß es ihr mit ihrem Entschluß nicht bitterer Ernst sei, und so die Wirkung, die ihre Briefe haben sollten, zu beeinträchtigen, ja, zu paralyzieren. Sie siegelte und adressierte die Briefe; den kleinen Koffer, den sie bei sich führte, wieder zu füllen, war das Werk weniger Minuten. Dann rief sie Neddermeyer herein.

„Ich muß Ihnen eine große Unbequemlichkeit zumuthen,“ sagte sie. „Mein Gatte kommt morgen nach Neustadt und wünscht meine Gegenwart, auch die Thre. Sind Sie bereit, sofort aufzubrechen?“

„Ob ich bereit bin!“ rief Neddermeyer, dessen große blaue Augen vor Freude strahlten.

„Ich danke Ihnen,“ sagte Minna. „Mit dem Kofferchen da, weiß ich, werden Sie sich gern belasten. Ich habe mich nur noch von der Frau Gräfin zu verabschieden.“

„Da liegen noch zwei Briefe, gnädige Frau,“ sagte Neddermeyer, der den Koffer schon in der Hand hatte.

„Sie dürfen erst, wenn ich fort bin, abgegeben werden. Ich werde die Frau Gräfin darum erlauben.“

Plötzlich fiel ihr zu ihrem Schrecken ein, daß sie auf den Brief an Georg ja nur seinen Namen geschrieben hatte.

„Was ist's gnädige Frau?“ fragte Neddermeyer.

„Ich habe da an meinen Bruder geschrieben,“ erwiderte Minna, der Brief ist von äußerster Wichtigkeit, und nun weiß ich nicht, wo er wohnt.“

„Kann damit dienen,“ rief Neddermeyer. „Habe ja den jungen Herrn heute Nachmittag selbst gesprochen hier in der Straße, in der er auf- und abging, nach jedem Fenster äugend, weil er vermeinte, die gnädige Frau, als er am Morgen vorbeiritt, an einem geschenzt zu haben. Nun ich konnte ihm ja Bescheid sagen. Er zog die Stirn kraus, gnädige Frau, und — na, nun ist alles wieder gut. Und bei Gelegenheit sagte er mir auch, wo er sich eingekauert: bei Senator Sieveking natürlich, dessen Sohn ja des Herrn Bruders geschworener Freund ist.“

(Fortsetzung folgt.)

in seinem Glückwunschrössen aus: „Dann wird auch dieselbe ein lebendiges Zeugniß dafür ablegen, daß die Freimaurerei vorzugsweise geeignet ist, nicht allein ihre Mitglieder zur wahren Religiosität, zur freudigen und opferwilligen Erfüllung der ihnen in ihrer Familie, ihrem Berufe und sonstigen öffentlichen Wirkungskreisen obliegenden Pflichten zu erziehen und durch fortwährende Selbstveredelung wahrhaft zu beglücken, sondern auch zum Wohle der gesammten Menschheit mit segensreichem Erfolge thätig zu sein.“

[Kaiserliches Beleidungs-Telegramm.] Am 23. December v. J. starb auf seinem Schlosse Arlitten in Ostpreußen im 93. Lebensjahr der letzte Ehrensenior des Eisernen Kreuzes aus den Befreiungskriegen, Karl Graf von und zu Egloffstein. Der Kaiser richtete in Folge des Hinscheidens dieses treuen und patriotischen Mannes an die einzige ihren Vater überlebende Tochter, Gräfin Henriette, das nachfolgende Beleidungs-Telegramm: „An Gräfin Egloffstein, Arlitten, Kreis Gerdauen. Telegramm aus Berlin, Palais 28. 12. 1887. Ich spreche Ihnen Meine aufrichtigste Theilnahme an dem Dahinscheiden Ihres von Mir hochgeehrten Vaters aus, der einer der treuesten Patrioten war und Meinem Königlichen Hause durch seine Stellung als Erzieher der Prinzen Albrecht und Waldemar noch besonders nahegetreten ist. Mit ihm ist der letzte Ehrensenior des Eisernen Kreuzes 2. Klasse aus den glorreichen Befreiungskriegen aus diesem Leben geschieden, gen. Wilhelm.“ — Außer diesem Beleidungs-Telegramm sandte Kaiser Wilhelm einen Vorbericht nach Schloss Arlitten mit dem Auftrage, denselben auf den Sarg des Entschlafenen niederzulegen.

[Hofprediger Stöcker.] Berliner Blätter hatten berichtet, die Frau Prinzessin Wilhelm habe Herrn Stöcker zu seinem letzten Geburtstag (11. Februar) einen Besuch gemacht. Das christlich-sociale „Deutsche Volksblatt“, das Organ des Herrn Stöcker, erklärt, daß ihm davon nichts bekannt sei.

[Gebrauch ausländischer Maße und Gewichte.] Die Minister für Handel und Gewerbe und des Innern haben unter dem 29. December v. J. nachstehende Circularverfügung, betreffend den Gebrauch ausländischer Maße und Gewichte, seitens der Gewerbebehörden, an die Provinzialbehörden gerichtet:

Aus gewerblichen Kreisen ist neuerdings auf die Nachtheile hingewiesen worden, welche es für die mit dem Auslande in unmittelbarer Geschäftsvorbindung stehenden Gewerbetreibenden mit sich bringt, daß es ihnen durch die geltenden Vorschriften über die Maß- und Gewichtspolizei unmöglich gemacht sei, für die Zwecke des Gewerbebetriebes ausländische Maße und Gewichte zu benutzen. Diese Beischwerte kann insofern als unbegründet nicht betrachtet werden, als es bei der Auslegung, welche die einschlägigen Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung und des Strafgesetzbuches seither bei den Polizeibehörden und bei den Gerichten vielfach gefunden haben, nicht ausgeschlossen ist, daß Gewerbetreibende, welche sich im Betriebe ausländischer, mit dem vorschriftsmäßigen Achtstempel nicht verfehlender Maße u. s. befinden, zur Bestrafung gezwungen werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese Maße u. s. zur Verwendung im öffentlichen Verkehr tatsächlich gedient haben oder nicht. Eine solche Handhabung steht mit dem Sinn der erwähnten Vorschriften nicht im Einklang; denn letztere verfolgen lediglich den Zweck, die Anwendung unvorschriftsmäßiger Messgeräthe im öffentlichen Verkehr zu verhindern. Demgegenüber ist in der mit dem Erlass vom 29. Juni 1886 dorthin mitgetheilten technischen Anleitung zur Ausführung der polizeilichen Maß- u. s. Revisionen vom 12. Juni 1886 (Allgemeine Bestimmungen Nr. 5) bereits angeordnet,

dass solche Gewerbetreibende, in deren Geschäftsbetrieb ein Zusammenspiel und Zuwägen von Waaren im Verkehr mit dem Publikum überhaupt nicht stattfindet, von den polizeilichen Revisionen auszuschließen sind.

Wenngleich hierdurch einer unberechtigten Beanstandung ausländischer Maße u. s. im Wesentlichen vorgebeugt ist, so erscheint es doch zur Vermeidung von Zweifeln geboten, die mit der Handhabung der Maß- und Gewichtspolizei betrauten Polizeibehörden ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ausländische, mit dem Achtstempel nicht verfehlene Maße und Gewichte nur dann zu beanstanden sind, wenn sie sich an solchen öffentlichen Verkehrsstellen vorfinden, an welchen Waaren nach Maß oder Gewicht umgesetzt werden.

\* Berlin, 8. Januar. (Berliner Neugkeiten.) Wie das „B. L.“ vernehmen, ist am Sonnabend Abend der verdiente Begründer der Berliner Messingwerke, Commerzienrat Wilhelm Borchert, gestorben. Der Heimgegangene, der im industriellen Berlin eine hervorragende Stellung eingenommen und der namentlich durch die Einführung der „partnership“ in seine Etablissements beweist, daß er für seine Arbeit ein Herz und zugleich ein Verständnis für ihre Bedürfnisse hatte, hat ein hohes Alter erreicht.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 9. Januar.

### Die neue Breslauer 20 Millionen-Anleihe.

In den heute zur Ausgabe gelangten Vorlagen zu den Verhandlungen der Stadtvorordnetenversammlung finden wir den bereits seit längerer Zeit in Aussicht gestellten Antrag des Magistrats, betreffend die

Aufnahme einer neuen städtischen Anleihe im Betrage von 20 Millionen. Wir entnehmen diesem Antrage folgendes:

- I. Die Anleihe soll zu 3½ p.C. verzinst und mit 1 p.C. amortisiert werden.
- II. Der Magistrat wünscht dieselbe wie folgt verwendet zu sehen:
 

1) für die Ablösung des Kirchen-Patronats mit	2 000 000 M.
2) für den Bau neuer Schulhäuser mit	1 500 000 =
3) für den Neubau des Armenhauses mit	800 000 =
4) für die Erweiterung der Wasserwerke mit	1 250 000 =
5) für die Fortführung der Canalisation mit	1 620 000 =
6) für Wasserbauten einschließlich des Neubaues der Paßbrücke und der Dombrücke mit	916 000 =
7) für Errichtung eines Feuerwehr-Depots mit	125 000 =
8) für außerordentliche Plasterungen mit	1 000 000 =
9) für die Anlage elektrischer Beleuchtung mit	1 000 000 =
10) für die Errichtung von Markthallen mit	4 000 000 =
11) für schnellere Tilgung der Anleihe aus dem Reichs-Invaliden-Fonds mit	4 600 000 =
12) für die Kosten der Anleihe und zur Reserve mit	1 189 000 =

Summa... 20 000 000 M.

- III. Die für die Tilgung der Anleihe aus dem Reichs-Invaliden-Fonds erforderlichen 4 600 000 M. ad II 11 sollen in jährlichen Raten von je 525 000 M. gegen 3½ p.C. Zinsen und mit späterer Amortisation von 1 p.C. von der städtischen Sparkasse aufgenommen, die übrigen 15 400 000 M. dagegen in Inhaberpapieren zu 3½ p.C. Zinsen und 1 p.C. Amortisation ausgegeben werden.

- IV. Die Verwaltung soll ermächtigt werden, unter Bezugnahme der Finanz-Deputation die Inhaber-Papiere nach Maßgabe des Bedürfnisses zu verkaufen.

In den Motiven des Antrages führt der Magistrat u. a. Folgendes aus:

Der Erlös der Anleihe des Jahres 1880 ist im Laufe der letzten Jahre zum größten Theil für die in der Anleihe vorgesehenen Zwecke verwendet worden. Zur Zeit sind aus dieser Anleihe nur noch vorhanden:

- 1) die 2 Millionen Anleihe-Scheine, welche zum Bau des Oderhauses bestimmt waren. Diese Scheine liegen noch unberührt im Depositorium der Stadt-Hauptkasse, und
- 2) der größte Theil der Bestände der für den Schlachthof und den Bau eines neuen Armenhauses bestimmten Gelder.

Inzwischen aber haben sich in der letzten Zeit wiederum auf verschiedenen Gebieten unserer Verwaltung Bedürfnisse und Anforderungen geltend gemacht, die sie sowohl ihrer Natur nach als auch namentlich wegen der Höhe der zu ihrer Befriedigung erforderlichen Summen nur durch Inanspruchnahme des Credits der Stadt ihre Erfüllung finden können, da die regelmäßigen Einnahmen der Stadt nach Ausweis des Stadthaushalts nur die regelmäßigen Ausgaben decken und die Bestände des Reservefonds, d. i. der Bestands-Geld- und des Substanzgelder-Fonds, nur hinreichen, um das dauernde Gleichgewicht im Stadthaushalte sicherzustellen.

Gerade für die nächste Zeit ist nun aber die Beschaffung größerer Geldmittel dringend nothwendig, und zwar:

- 1) für die Ablösung des Kirchenpatronats,
- 2) für den Bau von Schulhäusern,
- 3) für die Erweiterung der Wasserwerke,
- 4) für die Ergänzung und Fortführung der Canalisation und
- 5) für den Bau des neuen Armenhauses.

Die betreffenden Verwaltungen beanspruchen, und zwar in möglichst kurzer Zeit:

ad 1 rund	2 000 000 M.,
ad 2 rund	1 500 000 =
ad 3 rund	1 250 000 =
ad 4 rund	1 620 000 =
ad 5 rund	800 000 =

zusammen... 7 170 000 M.

Für die Ablösung des inzwischen aufgehobenen Kirchenpatronats hat die Stadtgemeinde vertragsmäßig zu zahlen: an Ablösungscapital, Dotationsgeldern und Abfindung für die geschlossenen Kirchhöfe 1928 185,51 M. und 4 p.C. Zinsen seit dem 1. October 1884 von 279 685,51 M. also rund 2 Millionen Mark.

Die Nothwendigkeit des Baues einer Reihe von Schulhäusern ergiebt sich aus dem Bericht des Bureaus IV vom 11. März c. in Verbindung mit der Thatfrage, daß gegenwärtig 143 Elementar-Klassen in Miethäusern nur nothdürftig untergebracht sind, und daß nach dem Ergebnisse der letzten 8 Jahre eine Vermehrung von 25 Klassen jährlich ins Auge gefaßt werden muß.

\* Die Wasserwerke sind mit der Zunahme der Bevölkerung dauernd stärker in Anspruch genommen und sind zur Zeit beinahe an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Erweiterung der Werke ist daher

absolut nothwendig, die Ausdehnung dieser Erweiterung aber ergibt sich aus dem ebenfalls in Abschrift beigelegten Bericht der Verwaltung.

In gleicher Weise stellt die Zusammenstellung der Bauverwaltung die für die Folge nothwendige Erweiterung, Umänderung und Ergänzung des Canaleins der Stadt fest.

Unserer Ansicht nach kann es nach den Erfahrungen der letzten Jahre keinem Zweifel unterliegen, daß die gedachten Bauten im allgemeinen Interesse aller Einwohner möglichst bald ausgeführt werden.

Der Bau des neuen Armenhauses endlich ist in wiederholten Bezeichnungen von beiden städtischen Behörden als ein Bedürfnis anerkannt worden. In der Anleihe des Jahres 1880 waren für den Erweiterungsbau des Arbeitshauses und für den Bau eines neuen Armenhauses ausgeworben im Ganzen 500 000 Mark; davon sind ausgegeben für das Arbeitshaus 220 000 Mark, für den Neubau des Armenhauses also noch zur Verfügung 280 000 Mark. Die Kosten des Neubaus werden sich jedoch auch mit möglichster Sparfamkeit kaum auf weniger, als 1 080 000 Mark einschließlich der inneren Einrichtung belaufen.

In Betreff einzelner Punkte heben wir zunächst hervor, daß die von der Bauverwaltung ins Auge gefaßten Bauten des kleinen und großen Wehrs und der Paß- und Dombrücke wegen des schon jetzt sehr schlechten Bauzustandes in keinem Fall noch sehr lange aufgeschoben werden können. Das Feuerwehr-Depot soll in der Obervorstadt errichtet werden. Von Seiten der Sicherungs-Deputation und des Branddirectors ist seit langer Zeit wegen der weiten Entfernung dieser Stadttheile vom Central-Depot und zur Durchführung der für den Feuerwehrdienst und die Straßenreinigung vortheilhaftes Decentralisation des genannten Dienstes dieser Bau dringend verlangt worden. Ebenso gehen die Wünsche der ganzen städtischen Bevölkerung auf eine beschleunigte Herstellung eines guten Pflasters. Mit den zu diesem Zwecke im Etat der Bauverwaltung ausgeworfenen Summen kann nur ein unbedeutender Theil des Pflasters jährlich erneut und in guten Zustand gesetzt werden.

In der (in Abschrift beigelegten) Zusammenstellung sind die zunächst dringendsten Wünsche der Bauverwaltung in Bezug auf das Pflaster in den nächsten Jahren angegeben und ergibt sich daraus, daß, wenn nach Genehmigung der Anleihe für Neu- und Umpflasterungen einschließlich der regelmäßigen Etatsmittel im Laufe von 4 bis 5 Jahren jährlich 400 000—450 000 Mark verwendet werden, das Pflaster in den meisten Straßen sich in einem guten Zustand befinden wird.

Die eine Million für Einführung der elektrischen Beleuchtung wenigstens in der inneren Stadt haben wir auf Grund des immer mehr zunehmenden Drängens auf Einführung dieser Beleuchtung und event. Anlage einer Central-Anlage gerade jetzt nicht von der Hand weisen können, da wir hoffen, spätestens im Frühjahr 1888 mit einem bestimmten Projekt an die geehrte Stadtverordneten-Versammlung heranzutreten.

In gleicher Weise glaubten wir auch, dem Antrage der Finanz-Deputation entsprechend, die augenblickliche Lage bemühen zu müssen, um der Stadt die Mittel für den Bau von Markthallen zu sichern. Berlin hat gelehrt, daß richtig angelegte Markthallen nicht nur die aufgewendeten Kapitalien verzinsen, sondern, was von viel größerer Bedeutung ist, die Verproviantirung der großen Stadt wesentlich erleichtern und billiger machen. Wenn hier das System der Markthallen eingeführt werden soll, so müssen außer der Centralhalle mindestens für die großen Wochenmärkte auf dem Ring, dem Neumarkt und dem Tautenhainplatz 3 Markthallen gebaut werden und event. später für die rechte Oderseite eine vierte. Die Einführung von 4 Millionen Mark dürfte daher für diesen Zweck nicht zu hoch sein.

Endlich haben wir geglaubt, jetzt auch die Frage wegen möglichst schneller Tilgung der bei dem Reichs-Invaliden-Fonds 1872 aufgenommenen Anteile zu 4½ p.C. zur Lösung bringen zu müssen. Der Vertrag mit dem Reichs-Invaliden-Fonds bestimmt in Betreff der Tilgung der Anleihe:

„Der Magistrat Breslau behält sich das Recht vor, den Tilgungsfonds um höchstens 5 p.C. des ursprünglichen nominellen Schuldkapitals für jedes Jahr zu verstärken, verpflichtet sich aber, falls diese Absicht vorliegt, spätestens im November des vorhergehenden Jahres der Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds hierzu Anzeige zu machen.“

Die durch solche verstärkte Amortisation erparbten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgung-Fonds zu.“

Aus der anliegenden Berechnung ergibt sich, daß, wenn wir den Tilgung-Fonds in den nächsten Jahren regelmäßig um den höchsten Betrag von 5 p.C. des Schuldkapitals, d. h. um 525 000 Mark verstärken, die Schuld im Jahre 1892 zurückgezahlt sein wird, während ohne eine so verstärkte Tilgung erst im Jahre 1912 die Tilgung vollendet ist. Da nun die Versuche, eine Ermäßigung des Zinsfußes von 4½ p.C. zu erlangen, nicht geglückt sind, so bleibt, wenn wir die Last der hohen Zinsen nicht zu lange tragen wollen, nichts übrig, als den Tilgung-Fonds in oben angegebener Weise zu verstärken, wenngleich wir den Nutzen dieser Maßregel erst von 1899 ab genießen und bis dahin sogar die Stadt stärker belasten.

Aus dem Reise-Fonds sollen zunächst die Kosten der Anleihe einschließlich des Courstverlustes bezahlt werden, außerdem aber abzuschätzen wir, aus demselben die alten früher unkundigen Kämmerei-Obligationen à 6 p.C., 5 p.C. und 4½ p.C. im Betrage von 256 130,33 Mark mit 1249,52 Mark Zinsen zurückzuzahlen und event. kleine in den obigen Berechnungen fehlende Beträge zu deduzieren.

Was nun die Beschaffung der betreffenden Geldmittel betrifft, so empfiehlt es sich unserer Ansicht nach, die für die Tilgung der 4½ p.C. Anleihe erforderliche Summe von dem Rest zu trennen.

Da, wie oben angegeben, diese Tilgung nur in bestimmten Jahresraten vertragsmäßig erfolgen kann, so eignet sich hierfür am besten ein Credit

die Schlittschuh selbst und erklärte nun lachend, sie wolle jetzt nicht mehr gegen das Geschick handeln, das ihr nun einmal das Schlittschuhlaufen bestimmt habe, und werde in den nächsten Tagen mit der Erlernung dieser Kunst beginnen.

Eine Großthat. In einer Wiener Vorstadt, so erzählt die „W. A. Btg.“, hat sich vor Kurzem ein junger Kaufmann als Materialwarenhändler etabliert. Jetzt meinte er, wär's auch Zeit, die schöne Fanny als Frau heimzuführen, jenes etwas schwärmerisch angelegte, aber umstritten fröhliche Mädchen, mit dem er schon seit Jahren so gut wie verlobt ist. Aber Fanny hatte den Termin der Hochzeit immer wieder hinausgeschoben; sie liebte den jungen Mann oder meinte doch, ihn recht lieb zu haben, aber — sie wollte ihn, so sagte sie, erst dann heirathen, wenn er irgend eine Großthat vollführt haben würde, an welcher sie seine Liebe so recht erneut könnte. Der junge Mann, um den es sich hier handelt, ist ein tüchtiger und fleißiger Geschäftsmann, aber eine Welt erobern kann er nicht, am wenigsten in einer Zeit, wo sich jede kriegerische Meldung gleich wieder zum Frieden aufzählt. Die Liebe allerdeß macht erfunderisch, und so verfiel der junge Geschäftsmann auf die Idee in einem Nebenraum seines Ladens sich ein kleines Laboratorium einzurichten und dort in seinen von einfahrenden Köchinnen freien Stunden herumzuhantiren. Was er dort mehrere Wochen hindurch heimlich gesponnen, kam er jetzt an diesem jüngsten Sonntag an die Sonne. Man sah ihn in feierlichem Schwarz auf das Haus der Fanny zuschreiten, die von ihm als Preis ihres Jawortes eine große hübsche That forderte. Der Freier trug eine ganz kleine höchstens semmelgröße, weiße Holzsäckchen in der Hand, als er vor seine Braut hintrat, und wie ihn nun diese mit schallhaftem Neugierigen und fragenden Blicken ansah, daß der junge Mann den Mund zu folgender Rede auf: „Sieh, Fanny, ich habe, um Deinen Wunsch zu erfüllen, mit großer Mühe und Anstrengung eine neue Stiefelwäsche erfunden, die ich Dir zu Ehren „Fanny-Glanzwasche“ nennen will. Nun wirst du mich doch nicht länger schmachten lassen!“ — Fanny hatte vielleicht eine heldenmütige That ihres Bräutigams erwartet; aber am Ende war die Aussicht, ihren Namen tausendfältig auf populären Wochenschachtlern verewig zu sehen, auch nicht zu verachten, und so sank sie gerührt dem aufspergungsvollen Manne in die Arme — und noch im Laufe dieses Faschings wird Hochzeit gemacht.

Der Güterzug. Eine Engländerin in reisefremdem Lebensalter tritt an den Billetschalter eines deutschen Bahnhofs und fordert ein Billet erster Klasse zu dem bereitstehenden Güterzug. Der Beamte kostet schütteln und sagt ärgerlich: „Das nennen Sie Güterzug? I call this humbug! Dieser Zug sein nur Güter, als die andern.“

Theater- und Kunstsnotizen. Am Sonnabend Nachmittag starb in Berlin die Opernsängerin Johanna v. Giliany. Gerade vor einem Jahre war sie zum letzten Male vor dem Publikum des Opernhauses erschienen. Der vermeintliche Brachialatarrh, durch den sie damals geneckt worden, ihre Thätigkeit zu unterbrechen, fiel sie sehr bald als unheilbare Brustkrankheit heraus. Sie

suchte umsonst Genesung in Nervi bei Genua, in Meran, in Reichenbach. Von den Aerzten bereits aufgegeben, führte sie Anfang October in die ihr lieb gewordene zweite Heimat zurück. An aufopfernder, forschamer Pflege hat es der in der Blüthe der Jugend Dasingenangen nicht gefehlt. Eine Schwester und die Mutter sind in treuer Liebe, mit unermüdlicher Ausdauer um das Krankenbett geschäftig gewesen. Die erste, eine reich begabte Pianistin, entfachte schon vor einigen Jahren der Kunst, um sich ganz

bei unserer städtischen Sparkasse in der Form, daß die Aufsichtsbehörde uns genehmigt, in festen Jahresraten von 525000 Mark im Ganzen bis 4600000 Mark zu erheben. Die einzelnen Raten sollen mit  $3\frac{1}{2}$  p.Ct. verzinst werden und hoffen wir, daß die Aufsichtsbehörde unserem event. Antrag, die Tilgung der erhobenen Summen erst mit dem Jahre zu beginnen, in dem die alte Schuld zurückgezahlt ist, d. i. event. von 1899 ab, zustimmen wird.

Die dann noch verbleibenden 15 400 000 Mark können wohl nur in der Form der Papiere auf den Inhaber aufgebracht werden. Bei dem jetzigen Geldstand und dem Cours gleichwertiger Papiere können wir nur nach dem Vorgange des Reichs, des preußischen Staates und verschiedener großer Gemeinden vorschlagen, die neue Anleihe in  $3\frac{1}{2}$  p.Ct. Papieren mit 1 p.Ct. Tilgung auszugeben. Da die Anleihe nur allmählich zur Ausgabe gelangt und zwar nach Mafgabe des Fortschritts der betreffenden Bauten, so wird ein Hinausschieben der Tilgung um fünf Jahre vom Tage der Genehmigung als kaum auf Hindernisse stoßen. Hierbei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß bei dieser Gelegenheit in unserem Collegium die Frage zur Erörterung gekommen ist, ob es sich nicht empfiehlt, für die jetzt zur Ausführung vorgeschlagenen Unternehmungen resp. für die Ablösung des Kirchenpatronats die 2 Millionen Anleihe-Scheine, die aus der letzten Anleihe für den Hafenbau noch zur Verfügung stehen, zu verwenden, da bei dem jetzigen Stand der Oder-Regulierung der Bau eines Hafens sich möglicherweise ganz erübrigte. Wir haben indeß in Übereinstimmung mit der Finanz-Deputation geglaubt, daß das Interesse der Stadt die Reservierung der gebundenen 2 Millionen Mark z. B. noch dringend erforderlich, da wir unter allen Umständen finanziell in der Lage sein müssen, einzutreten, falls die Arbeiten in Betreff der vom Staat geplanten Oder-Regulierung, sei es für einen Handelshafen, sei es für Ladestraßen etc., gröbere, die Handelsentwicklung Breslaus fördernde Anlagen nötig machen. (Fortsetzung folgt.)

\* **Stadtverordnetenversammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag, 12. Januar er. Nachmittags 4 Uhr, statt. Von Vorlagen, welche noch nicht auf der Tagesordnung standen, kommen zur Verhandlung: Verpachtung der Eisnützung in der Ode auf der Strecke von der Mauritzbrücke bis zur Oder an den Brauereibesitzer Paul Scholz. Bewilligung von 10000 Mark der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu Berlin für die in der Zeit vom 7. bis 11. Juni 1888 hierorts zu veranstaltende Wander-Ausstellung. Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Mark. Anstellung eines Ärztenaristes an der Abtheilung für Geisteskrank im Kranken-Hospital. Nachträgliche Bewilligung von 160,75 Mark Kosten für Verluste, mittels Abfluss-Brunnens für das Restaurations-Etablissement an der Schwedenstraße brauchbares Wasser zu beschaffen. Streichung des Vermerts ad 2 bei Titel I, Pos. 14 der Ausgabe des Etats der polizeilichen Einnahmen und Ausgaben pro 1888/89, betreffend den Vorbehalt bei Zahlung des Pauschquantums zur Besteitung der Kosten der Kleidung und Bewaffnung der bayerischen Schutzmannschaft. Abänderung der von der Stadtverordneten-Versammlung für den Anlauf des Grundstücks, Matthäusstraße Nr. 28c, gestellten Bedingung.

\* **Kunstnotiz.** Das außerordentliche Interesse, welches das kunstinnige Breslauer Publikum der Ausstellung der Aquarelle vom Prof. Paul Mohr in Berlin in der Lichtenberg'schen Gemäldegallerie im Museum entgegenbringt, veranlaßte den Künstler, in die Verlängerung der Ausstellung bis zum 15. d. M. zu willigen. Kunstsiebhaber und Sammler finden Gelegenheit, einige kleinere sehr reizvolle Blätter für ihre Sammlungen zu erwerben. Alle größeren Blätter, mit Ausnahme von nur zwei, sind bereits in feinen Händen.

\* **Denunciationssucht.** Der Rathsherr und Mühlensbesitzer Herr Graetz in Sprottau, der bewährte Führer der freisinnigen Partei im Wahlkreise Sagan-Sprottau, wurde vor einiger Zeit ein Opfer gönnerhafter Denunciationssucht, weil er die Thronrede, womit der jüngste Reichstag eröffnet worden ist, einer absätzigen Kritik unterzogen und sich dadurch der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben sollte. Herr Graetz wurde wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Der Fall ereigte peinliches Aufsehen. Nunmehr ist von der Staatsanwaltschaft zu Glogau die Nachricht nach Sprottau gelangt, daß auf Grund der Ergebnisse der stattgehabten Voruntersuchung eine Anklage wegen Beleidigung Sr. Majestät des Kaisers nicht erhoben werden kann.

\* **Postalisch.** Von jetzt ab können Postfrachtlücken ohne und mit Werthangabe nach den asiatischen und australischen Anlaufhäfen der Reichs-Postdampferlinien auch auf dem Wege über Genua oder Brindisi abgeändert werden. Die Sendungen müssen in der Aufschrift, außer mit der Bezeichnung des Empfängers und des Bestimmungsorts, mit dem Vermerk: „durch Vermittelung der Postdampfschiff-Agentur des Norddeutschen Lloyd in Genua“ (bzw. „Brindisi“, je nach der Wahl des Absenders) versehen sein. Das Porto bis Genua bzw. Brindisi ist vom Absender vorauszubezahlen; die Kosten für die Weiterbeförderung und die sonst etwa entstehenden Gebühren werden nachträglich vom Absender eingezogen.

**2. Breslau, 9. Januar.** [Von der Börse.] Die Börse verkehrte heute in lustloser und eher schwacher Haltung. Das Geschäft war äußerst gering und nahm in keinem Papier grösere Dimensionen an. Trotzdem waren Abgeber zurückhaltend, so dass die Coursreduktionen sich in den engsten Grenzen hielten und im Vergleich zu den Sonnabend-Notizen auf den Umfang von circa  $\frac{1}{4}$  Prozent begrenzt blieben. Die Auslassung der „Petersburger Deutschen Zeitung“ blieb einflusslos. Schluss still und unterschieden.

Per ultimo Januar (Course von 11 bis  $1\frac{1}{4}$  Uhr): Oesterr. Credit-Aktion  $140\frac{1}{4}-1\frac{1}{8}-5\frac{1}{8}-1\frac{1}{8}$  bez., Ungar. Goldrente  $78\frac{1}{2}-1\frac{1}{4}-3\frac{1}{8}-1\frac{1}{4}$  bez. u. Gd., Papierrente  $66\frac{1}{8}$  bez., Vereinigte Königs-e. Laurahütte  $20\frac{3}{4}-1\frac{1}{2}$  bez., Donnersmarckhütte 45 bez., Oberschl. Eisenbahnbetarf  $60\frac{7}{8}-61\frac{1}{8}-61$  bez., Russ. 1880er Anleihe  $78\frac{5}{8}-3\frac{1}{4}-5\frac{1}{8}$  bez., Russ. 1884er Anleihe  $92\frac{3}{8}-5\frac{1}{8}-1\frac{1}{2}$  bez. u. Gd., Orient-Anleihe II  $53\frac{1}{2}-3\frac{1}{8}$  bez., Russ. Valuta  $177-177\frac{1}{4}$  bez., Türken  $13\frac{3}{4}$  bez. u. Gd., Egyptier  $74\frac{1}{8}$  bez.

### Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

**Berlin, 9. Januar,** 11 Uhr 55 Min. Credit-Action 140, 30. Disconto-Commandit —, —. Ruhig.

**Berlin, 9. Januar,** 12 Uhr 30 Min. Credit-Action 140, 40. Staatsbahn 86, —. Lombarden 34, 70. Laurahütte 90, 50. 1880er Russen 78, 50. Kuss. Noten 177, 20. 4proc. Ungar. Goldrente 78, 20. 1884er Russen 92, 50. Orient-Anleihe II 53, 20. Mainzer 100, 70. Disconto-Commandit 192, 60. 4proc. Egyptier 74, 25. Ruhig.

**Wien, 9. Januar,** 10 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Action 271, 60. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Marknoten 62, 20. 4proc. ungar. Goldrente 98, —. Ungar. Papierrente —, —. Elbethalbahn —, —. Still.

**Wien, 9. Januar,** 11 Uhr 5 Min. Oesterr. Credit-Action 271, 30. Ungar. Credit —, —. Staatsbahn 214, 25. Lombarden 84, 75. Galizier 195, 25. Oesterr. Silberrente 80, 70. Marknoten 62, 22. 4% ungar. Goldrente 97, 75. Ungar. Papierrente 83, 10. Elbethalbahn —, —. Schwach.

**Frankfurt a. M., 9. Januar.** Mittags. Creditactien 217, Staatsbahn 172. Lombarden —, —. Galizier  $157\frac{1}{2}$ . Ungarische Goldrente 78, 60. Egyptier 74, 50. Laura —, —. Still.

**Paris, 9. Januar.** 3% Rente 81, 27. Neueste Anleihe 1872, 107, 77. Italiener 94, 45. Staatsbahn 427, 50. Lombarden —, —. Egyptier 373, 75. Träge.

**London, 9. Januar.** Consols  $103\frac{1}{4}$ . 1873 Russen  $93\frac{3}{4}$ . Egyptier 74. Milde.

**Wien, 9. Januar.** [Schluss-Course.] Linienstörung. Cours vom eingetroffen. Nicht eingetroffen.

### Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

— **Obervorwaltungsgerichts-Entscheidung.** Zwischen den Ortschaften Ko. und Bi. vermittelte eine Holzbrücke über die Reiße den Verkehr auf der Chaussee; zur Unterhaltung der Brücke ist der Besitzer von Ko. und Bi., z. B. der Kammerherr Graf Sch. verpflichtet. Im Jahre 1876 war durch das Hochmesser ein 9 Meter langes Stück der Chaussee an der Brücke weggeschwemmt worden, so daß eine Verlängerung der Brücke um 9 Meter erfolgen müsste. Als im Jahre 1884 eine umfassende Reparatur der Brücke notwendig wurde, gab die Kreis-Community des Kreises Falkenberg dem Grafen Sch. auf, die Reparatur der Brücke in ihrer ganzen Ausdehnung auszuführen. Graf Sch. erhob gegen die von ihm geforderte Reparatur der Verlängerung der Brücke Einspruch, wurde jedoch hiermit abgewiesen, und klagte daher gegen die gedachte Kreiscommunity, weil letztere als Wegebaupflichtige öffentlich rechtlich zur Reparatur des an Stelle des weggeschwemmten Chausseeteils hergestellten Brückenteils verpflichtet sei. Der mit der Entscheidung der Sache beauftragte Kreis-Ausschuss des Kreises Neustadt erkannte auf Klage abweisung. Der Bezirks-Ausschuss zu Oppeln bestätigte diese Entscheidung. — Am 7. März 1886 klagte Graf Sch., welcher die Reparatur der Brücke ausgeführt hatte, gegen die Kreiscommunity des Kreises Falkenberg auf Erfüllung der auf die Verlängerung des Brückenteils entfallenden Reparaturosten mit 137 M. 62 Pf. Der Bezirks-Ausschuss zu Oppeln erkannte am 14. Juni 1887 dem Klageantrage gemäß, weil die Beklagte zur Überbrückung des weggeschwemmten Chausseeteils und zur Unterhaltung derselben öffentlich rechtlich verpflichtet gewesen sei. Auf die Berufung der Beklagten bestätigte das Ober-Verwaltungsgericht (I. Senat) am 31. December 1887 diese Vorentscheidung.

### Telegraphische Witterungsberichte vom 8. Januar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. n. 0 Gr. in d. Meeres- niveauetage in Millim.	Temper. in Celsius- Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen
Mullaghmore.	770	11	SW 5	bedeckt.	
Aberdeen	763	9	WSW 2	h. bedeckt.	
Christiansund	754	5	SO 4	bedeckt.	
Kopenhagen	766	3	WSW 3	Nebel.	
Stockholm	761	0	SW 2	Nebel.	
Haparanda	761	-23	SO 2	wolkenlos.	
Petersburg	756	0	NW 2	bedeckt.	
Moskau	—	—	—	—	—
Cork, Queenst.	775	9	W 2	bedeckt.	
Brest	777	8	SW 2	Dunst.	
Helder	771	6	SW 3	bedeckt.	
Sylt	767	3	NW 3	Regen.	
Hamburg	770	3	SW 4	Nebel.	
Swinemünde	769	2	WSW 3	Nebel.	
Neufahrwasser	765	2	WNW 3	bedeckt.	Oefters Regen.
Memel	763	2	WNW 4	bedeckt.	Dunst.
Paris	779	1	S 1	bedeckt.	Schneedecke 3 cm.
Münster	772	5	SW 4	Regen.	
Karlsruhe	778	4	SW 3	bedeckt.	
Wiesbaden	776	2	S 1	Nebel.	
München	778	2	W 5	bedeckt.	
Chemnitz	774	2	SW 4	bedeckt.	
Berlin	771	3	W 3	Nebel.	
Wien	776	-6	still	Schnee.	
Breslau	771	1	WSW 3	Schnee.	
Isle d'Aix	—	—	—	—	
Nizza	774	7	O 1	wolkenlos.	
Triest	776	5	still	wolkig.	

Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = leichter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

### Übersicht der Witterung.

Unter der Wechselwirkung einer umfangreichen Depression über Nordwest-Europa und des hohen Luftdrucks im Süden wehen über Central-Europa mässige westliche und südliche Winde, unter deren Einfluß die Temperatur überall gestiegen ist. Über Deutschland ist das Wetter trüb, vielfach nebelig und mild, fast allenthalben ist Regen gefallen; die Temperatur liegt 1 bis 5 Grad über dem Gefrierpunkt.

### Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 9. Januar. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag den Besuch des Prinzen Wilhelm. Der Kaiser hat die vergangene Nacht besser geschlafen.

Petersburg, 9. Januar. Anlässlich der Entlassung des ältesten Mannschaftsbürganges des Gardekorps sagt die „Petersburger (deutsche) Zeitung“, die Cavalieristen und Artilleristen seien bereits entlassen. Die Entlassung der Infanteristen erfolge in den nächsten Tagen. Das Blatt begrüßt die frühzeitige Entlassung der Mannschaften als ein Anzeichen des Friedens.

### Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 9. Januar, 12 Uhr Mittags. U.-P. — 0,28 m

### Handels-Zeitung.

\* **Betriebsgesellschaft der italienischen Mittelmeerbahn-Gesellschaft.** Mit dem bereits telegraphisch gemeldeten Ergebnis der dritten December-Decade liegt nunmehr das Resultat der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahrs vollständig vor. Die Einnahmen der Bahn haben sich in dieser Zeit sehr befriedigend entwickelt. Während sich die durchschnittliche Ausdehnung der in Betrieb stehenden Linien mit 4562 Km. um 177 Km. gleich 3,8 p.Ct. höher stellt als im Vorjahr, welcher Zuwachs überdies ausschliesslich auf die zu Anfang naturgemäß wenig rentablen Nebenlinien entfällt, haben sich die Brutto-Einnahmen von Le 56 872 698 im Vorjahr auf Le 61 873 066, also um Le 5 000 368 gleich 8,7 p.Ct. gehoben. Von diesem Plus stammen Le 1 567 819 aus dem Personenverkehr, Le 128 168 aus Gepäck- und Hunde-Transporten, Le 566 725 aus Eigütern und Le 2 738 636 aus dem Frachten-Verkehr. Kilometrisch berechnet, stellt sich das Ergebniss um 4,5 p.Ct. höher als im ersten Semester des vorigen Betriebsjahrs. Uebrigens pflegt die Zeit vom 1. Juli bis 31. December, wie die „Erkr. Ztg.“ meint, für den Verkehr der italienischen Bahnen im Allgemeinen etwas günstiger zu sein, als die zweite Hälfte des Jahres. Im Vorjahr betrugen die Einnahmen der Mittelmeerbahn vom 1. Juli bis 31. December 1886 Le 56 872 698 und vom 1. Januar bis 30. Juni 1887 Le 55 697 321.

\* **Spanische Schuld.** Die spanische Regierung leugnet, einem Telegramm der „V. Z.“ aus Madrid zufolge, kategorisch das angebliche Project einer Besteuerung der öffentlichen Schuld.

\* **Der Rohseidenhandel in Ober-Italien im Jahre 1887.** Das Jahr war für den Rohseidenhandel ein recht ungünstiges. Zwar war, wie aus den Bewegungsziffern der Seidentrocknungs-Anstalten ersichtlich ist, der Geschäftsgang an und für sich nicht unbeliebt, aber der erzielte Nutzen schrumpfte auf ein Geringes zusammen infolge der andauernden Rückwärtsbewegung der Preise. Letztere hatten ihren höchsten Stand im Januar und behaupteten denselben noch leidlich bis zum März; von da ab begannen sie sich abzubrücken, erholt sich jedoch vorübergehend im Juli und im August, ohne aber die Höhe wie zu Beginn des Jahres wieder zu gewinnen, wichen dann neuerdings, um nach einem kurzen und leichten Aufblühen in der ersten Decemberwoche gegen Jahreschluss auf eine geradezu verlustbringende Tiefe zu sinken. Aus nachfolgenden vergleichenden Preisnotierungen der Mailänder Seidenbörsen kann die Entwertung bemessen werden, welche die italienischen Rohseiden im laufenden Jahre erlitten haben. Es notierten: Classische Gregen 9/10 und 9/11 am 31. December 1886 Lire 56—57, am 30. Juli d. J. 50—51, heute 48—49, classische Organinen 18/20 18/22 66—67 bezw. 58—59, heute 57—58, classische Tramen

